

*2. Tagung des 9. Landesparteitages  
der Linkspartei.PDS Thüringen  
21. / 22. Oktober 2006 in Schmalkalden*

*Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn*

*Rede des Landesvorsitzenden Knut Korschewsky*

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,  
sehr verehrte Gäste unseres heutigen Parteitages!

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2005, der Bundesparteitag der Linkspartei.PDS von Halle diesen Jahres, die Ergebnisse der Wahlen zu den Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Landräten in Thüringen sowie der Landesparteitag von Eisenberg und natürlich nicht zuletzt die gesellschaftliche Entwicklung in den letzten Monaten haben die Weichen für die nächste Etappe in Vorbereitung des Superwahljahres 2009 und darüber hinaus gestellt.

Mit Verweis auf angebliche und tatsächliche Bedingungen der Globalisierung verfolgen transnationale Konzerne und regionale Macht- und Geldeliten weltweit eine immer brutaler werdende Strategie, um ein ungehemmtes Wirken der Marktkräfte durchzusetzen. Dies spüren zunehmend auch die Menschen in Europa, Deutschland und Thüringen. Während auf der einen Seite privater Reichtum in bisher ungeahnte Höhen wächst, werden in vielen Bereichen soziale Rechte und Standards abgebaut, immer neue Bereiche des Lebens einer gesellschaftlichen Mitwirkung und Kontrolle entzogen.

Mit der Umsetzung solcher Konzepte, wie Hartz IV, mit der bewussten Aushungerung der öffentlichen Haushalte und der fortschreitenden Privatisierung öffentlicher Bereiche macht sich die Politik der Regierungsparteien in Berlin und Erfurt zum Büttel dieser Interessen. So ist z. B. seit der Einführung von Hartz IV mittlerweile die Kinderarmut in Thüringen auf 162 % gestiegen.

Wenn *das* liebe Genossinnen und Genossen das Ziel einer Landesregierung ist, dann ist es doch sicher das falsche Ziel, und es muss etwas dagegen getan werden.

Wenn die Landesregierung unter Ministerpräsidenten Althaus mehr als 22 000 Unterschriften gegen ein sogenanntes Familienförderungsgesetz der Landesregierung ignoriert und gegen das Votum von Wählerinnen und Wähler vor das Verfassungsgericht zieht, also gegen diejenigen, für die sie eigentlich da sein soll, so ist es doch diese Regierung nicht wert, den Thüringerinnen und Thüringer weiter als Regierung zu dienen, wenn man da überhaupt noch von dienen sprechen kann.

Das ist ein Feldzug gegen das eigene Volk und ein Skandal an sich.

Wenn die Thüringer Landesregierung plant, zukünftig im Bereich der Theater- und Orchesterlandschaften Thüringens 10 Millionen Euro an Zuschüssen für Kultur zu streichen, bricht sie Eckpfeiler der kulturellen Tradition, der Geschichte, der Identität und der Bildung aus dem Landesfundament heraus.

Damit raubt sie den Menschen ein wichtiges Moment, sich in diesem Land wohl zu fühlen und hier zu bleiben.

Wenn auch in diesem Jahr wieder mehr als 1000 betriebliche Ausbildungsplätze für junge Leute in Thüringen fehlen, dann braucht man sich nicht zu wundern, dass die Abwanderung gerade junger Leute aus Thüringen immer größer wird und nicht gestoppt werden kann.

*So kann und darf es in Thüringen nicht weitergehen.*

Ich kann hier nur sagen.

*Herr Althaus begreifen und erkennen Sie endlich, dass sie und ihre Politik bereits abgewählt sind!*

*Machen Sie endlich Platz für eine andere Politik in diesem Land!*

*Anrede!*

Dass das so ist, unterstreicht die jüngste Umfrage des Allenbach-Institutes, welches ja nun wahrlich nicht als linksparteifreundlich genannt werden kann, in der die CDU nur noch auf Platz 3 der Parteienpräferenz in den ostdeutschen Ländern liegt.

In der Realität erleben wir:

Das Handeln der CDU in Thüringen ist der Versuch demokratischen Gegebenheiten mit autoritären Elementen zu verwirklichen!

Autoritäre Elemente, wie Widerstand gegen demokratische Teilhabe, Diffamierung anders Denkender, Vettern- und Cliquenwirtschaft, Realitätsverlust, Personenkult unterstreichen eine solche Einschätzung.

Es ist endlich an der Zeit, dass es ein Schwarzbuch der Grausamkeiten dieser Thüringer CDU-Regierung gibt. Dieses Schwarzbuch wollen und müssen wir erstellen, um auch der letzten Thüringerin und dem letzten Thüringer zu sagen:

*Es ist Schluss Herr Althaus! Thüringen darf nicht zum Armenland Deutschlands in Bildung und Kultur zum Armenland in Lebensqualität werden!*

Es liegt an uns, etwas dafür zu tun, dass Vorstellung von einer anderen Thüringer Politik, von einer sozialeren Thüringer Politik, von einer Politik, die den Menschen zugewandt ist und ihnen eine Zukunft in Thüringen gibt, auch Wirklichkeit wird.

*Anrede!*

In den nächsten Monaten geht es darum, unser Profil als stärkste Oppositionspartei in Thüringen weiter zu schärfen und mit inhaltlichen Angeboten für politische Alternativen in der Öffentlichkeit zu werben.

Ziel ist es, die Linkspartei.PDS in den nächsten Jahren zu stärken, um die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen, 2009 die Ablösung der CDU aus der Regierungsverantwortung im Land zu erreichen und eine aus Sicht der Wähler sozialere, zukunftsfähigere Politik durchsetzen zu können.

Sowohl für unsere Arbeit in der Opposition, aber auch für eine mögliche Verantwortungsübernahme brauchen wir Konzepte. Konzepte für eine neue Wirtschafts- und Lebensweise, die vom Grundsatz der Nachhaltigkeit geprägt ist, die Existenzsicherung durch Arbeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum für alle sichert.

Wir müssen solche Fragen diskutieren wie:

- Wie lassen sich Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität in einem Gemeinwesen verbinden?

- Welchen Stellenwert messen wir Bildung und Kultur für alle Menschen bei und was sind wir bereit auch finanziell dafür einzusetzen?
- Wie kann heute Selbstverwaltung und demokratische Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern gestärkt werden und was müssen wir tun, um der wachsenden Ausgrenzung, Verarmung und Verrohung der Gesellschaft erfolgreich entgegenzuwirken?

Auf alle diese Fragen erwarten Bürgerinnen und Bürger dieses Landes jenseits aller Konstellationen von uns Antworten. Diesen Fragen müssen wir uns stellen, wenn wir eine wirkliche andere Politik in diesem Lande gestalten wollen.

### *Anrede!*

Mit dem begonnenen Parteibildungsprozess von Linkspartei, PDS und WASG verfügen wir in wenigen Monaten erstmalig in der Geschichte nach 1989 über eine gesamtdeutsche linke Partei im Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland, die es sich zur Aufgabe macht, gemeinsam mit vielen anderen Akteuren gegen eine sozial verfehlte Politik Widerstand aufzubauen und positive Alternativen zu formulieren.

Einzig die Linke.PDS hebt sich von allen anderen Bundestagsparteien mit einem klaren Konzept gegen Sozialabbau, für mehr Demokratie und gegen Militäreinsätze ab.

Es kommt jetzt darauf an, diese Alleinstellungsmerkmale unserer konsequent sozialistischen Partei deutlich herauszuarbeiten und sowohl auf Bundesebene wie aber auch auf der Landes- und kommunalen Ebene zu untersetzen.

Von Seiten unseres Landesverbandes wird der Parteibildung in Thüringen in den nächsten Monaten höchste Priorität eingeräumt werden.

Wenn wir heute vom Prozess der Parteibildung mit der WASG sprechen, so müssen wir auch noch einmal die Etappen davor seit der Bundestagswahl 2002 betrachten.

Mit dem allen bekanntem Wahlergebnis der Bundestagswahl 2002 haben nicht wenige unserer politischen Konkurrenten und sicher auch einige Genossinnen und Genossen unserer Partei auch aus Thüringen die PDS schon abseits der politischen Ebene gesehen.

Wir waren bereits bei vielen Bürgerinnen und Bürgern abgeschrieben.

Erinnert Euch bitte auch an unseren Ilmenauer Parteitag. Auch wir in Thüringen waren mehr mit uns selber beschäftigt als mit dem politischen Konkurrenten.

Doch ein altes Sprichwort lautet „Tot Gesagte leben länger“. *Und wir sind wieder zum Leben erwacht.*

Das haben die Landtagswahlen mit einem Wahlergebnis von 26,1 % und 264.268

Wählerstimmen in Thüringen deutlich gezeigt.

Darauf hinweisen möchte ich an dieser Stelle, dass zum Zeitpunkt der Thüringer Landtagswahl die unsägliche Schrödersche Hartz-IV-Gesetzgebung in der öffentlichen Wahrnehmung noch keine Rolle gespielt hat. Uns Thüringer hat also nicht Herr Schröder zu so einem Wahlergebnis verholfen sondern wir haben uns mit einem eigenständigen Profil, politischen Inhalten und mit politischer Glaubwürdigkeit wieder einen Stand in der Thüringer Bevölkerung erarbeitet.

Sicherlich hat uns auch ein bisschen die Thüringer SPD geholfen mit ihrer glasklaren Absage an einen Politikwechsel kurz vor dem Wahltag. Die Quittung dafür haben nicht wir bekommen sondern die SPD mit 14,5 % - 2004.

Dann kam Hartz IV und die Proteste auf der Straße.

In diesem Zusammenhang bildet sich die WASG. Erst als Protestbewegung, dann als Verein und später als Partei.

Viele ehemalige SPD'ler hatten es satt, diese Schrödersche Politik mit tragen und verkaufen zu müssen.

Es folgte Wahlniederlage auf Wahlniederlage der SPD.

Im Mai 2005 kam für uns alle überraschend die Ansage von Müntefering zu vorgezogenen Neuwahlen.

Damals habe ich gedacht, um Gottes Willen, wir sind nicht vorbereitet. Heute sage ich, danke Herr Schröder und Herr Müntefering, Sie haben uns sehr geholfen, wieder wahrnehmbar im Bundestag vertreten zu sein und Sie haben uns keine Zeit gelassen, uns im Streit um Punkt und Komma im Wahlprogramm aufzureiben.

Schnell, sehr schnell musste nun gehandelt werden, und es wurde gehandelt.

In kurzer Zeit gelang es, konkrete Absprachen mit der WASG zu treffen. Allen war klar, dass ein Wahlantritt von zwei linken Parteien, keine Stärkung der Linken im Bundestag bringen würde. Das erreichte Ergebnis der Bundestagswahl hat sicherlich auch die heftigsten Skeptiker dieser Richtung von der Richtigkeit des Weges überzeugt. In Thüringen erreichten wir 25,4 % der Zeitstimmen.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 – 19,0 % und absolut 274.990 Stimmen sind diese ein Plus von 6,4 % und absolut 93.238 Wählerstimmen mehr.

In allen westlichen Bundesländern konnten erstmals Wahlergebnisse von über 3 % erzielt werden, wobei das Saarland mit über 18 % allen anderen die Schau stahl.

Daran hat sicherlich nicht unwesentlich Oskar Lafontaine „Schuld“.

Und ich will es mal ganz klar sagen, Oskar Lafontaine ist heute und für die zukünftige Linke eine ganz wichtige Person.

Mit 53 Abgeordneten ist erstmals wieder nach der Wende eine deutlich wahrnehmbare linke Kraft im Bundestag vertreten.

Erstmals nach der Wende gibt es übrigens auch wieder deutliche Mitgliederzuwächse in der Partei.

Wer aber nun gedacht hatte, diese Erfolgsgeschichte geht ohne Probleme weiter, der hatte sich getäuscht. Jetzt ging und geht es in den Mühen des Alltags wieder seinen, und ich sage es ganz bewusst, seinen *normalen* Gang.

Das muss ja auch erst einmal nicht etwas Schlechtes sein. Schlecht wird es nur dann, wenn man über die innere Diskussion dass Wirken nach außen, nämlich für Menschen, vernachlässigt oder ganz vergisst.

Und möglicherweise das, was wir als Vertrauensvorschuss der Wählerinnen und Wähler erhalten haben, in alt bekannter Manie deutscher Linker kurzerhand wieder umgehauen wird.

Ich erinnere hier nur an die konkurrierenden Wahlantritte von WASG und Linkspartei in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

*Ich meine, wir haben nicht das Recht dazu, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler mit Füßen zu treten.*

Eine gesamtdeutsche linke sozialistische Kraft in Deutschland gegen die neoliberale Allparteienkoalition wird nicht nur gebraucht, nein sie wird auch gewollt.

*Es sollte uns eine wichtige Lehre sein: Wir gewinnen zusammen, aber wir verlieren auch zusammen, wenn wir uneins sind.*

Auch wir in Thüringen hatten nach der Bundestagswahl Höhen und Tiefen zu durchleben. Da hielten sich Wahlerfolge und nicht Erreichtes zu den Oberbürgermeister-, Bürgermeister- und Landratswahlen die Waage (ich komme darauf später noch einmal zurück). Da waren es Diskussionen und Beschlüsse zu politischen Begriffsbestimmungen - Kundgebungen und Demos mit großer Beteiligung aber auch das gleiche, wo Teilnehmerzahlen an einer Hand abzuzählen waren.

Angebote zur inhaltlichen Diskussion, die kaum oder gar nicht wahrgenommen wurden.

Die Entwicklung von Mitgliederzahlen in einigen Gebietsverbänden (wir kommen morgen noch näher darauf zu sprechen), die absolut positiv sind und in anderen Gebietsverbänden, wo man wiederum schon fast von Stagnation sprechen kann.

In dieser Reihe ließe sich noch einiges aufzählen.

Ich will es aber damit bewenden lassen und dazu etwas sagen, welchen Stand der Parteibildung wir in Thüringen erreicht haben, und welche Aufgaben vor uns liegen.

Schon zeitig nach der Bundestagswahl haben wir eine paritätisch besetzte gemeinsame Steuerungsgruppe gebildet, die sich der Aufgabe gestellt hat, den Prozess der Parteibildung in Thüringen inhaltlich und organisatorisch zu organisieren und voranzubringen.

Grundlage dieser Arbeit war immer, dass es ein Zusammenwachsen beider Parteien nur von „unten“ mit der Basis geben kann und wird.

Diese Gruppe arbeitet seit ihrer Bildung kontinuierlich und hat mittlerweile die von beiden Thüringer Landesverbänden beschlossene Zeitleiste zur Parteibildung erarbeitet und zur Beschlussfassung gebracht. Hier war auch immer der Ort, wo wir unterschiedliche Meinungen zu inhaltlichen und organisatorischen Fragen wieder zusammengeführt haben, und hier soll und muss auch der Ort sein, wo wir bis zum Sommer nächsten Jahres alle auftretenden Probleme, und ich hoffe es werden nicht all zu viele werden, miteinander besprechen und einer Lösung zuführen.

Leider ist es uns bis zum heutigen Tage nicht gelungen, eine zweite Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen so mit Leben zu erfüllen, dass für Thüringerinnen und Thüringer deutlich wird, dass wir bald als eine Partei schon jetzt gemeinsam an Inhalten und Projekten arbeiten und mit diesen Inhalten und Projekten im Parlament aber auch vor allem auch auf der Straße wahrnehmbar sind.

*Hier gilt es, deutlich an Tempo und Aktion zuzulegen.*

Eine dritte gemeinsame Arbeitsgruppe wird jetzt im Zuge der Thüringer Parteibildung immer größere Bedeutung erlangen. Das ist die gemeinsame Arbeitsgruppe zur Erarbeitung unserer zukünftigen Landessatzung. Diese wird dann Voraussetzung sein für die Bildung unseres Landesverbandes der neuen Partei, die am 14. und 15. Juli nächsten Jahres in der Stadthalle Gotha erfolgen soll.

Am morgigen Sonntag tagen erstmals die Parteivorstände auf Bundesebene von Linkspartei und WASG zusammen. Und das in Thüringen im Festsaal des Erfurter Rathauses.

Damit wird auch die Grundlage gelegt für die Arbeit unserer Thüringer Satzungsgruppe.

Mit dem morgigen Tag sollen die Entwürfe der Gründungsdokumente der gemeinsamen Partei, also Programmatik und Statut, veröffentlicht werden.

Ich würde mich jedenfalls sehr freuen und wir könnten auch ein wenig stolz sein, wenn Thüringen und Erfurt im Prozess der Parteibildung einer gemeinsamen Linken in Deutschland positiv in die Geschichte eingehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freunde,

mit dem Beschluss zur Zeitleiste der Thüringer Parteibildung haben wir uns hohe und anspruchsvolle Ziele gestellt. Und das wird auch wieder viel Kraft unserer Mitglieder bedürfen.

An dieser Stelle lasst mich einmal Danke sagen an die vielen unserer älteren Mitglieder, die nun mittlerweile seit mehr als 15 Jahren Zeit, Kraft, Nerven und auch viele finanziellen Mittel aufgebracht haben, um den Weg unserer Partei bis zum heutigen Tage zu begleiten und mit zu organisieren.

Stellvertretend möchte ich mich bei unserer Landessenioren-AG für ihre sehr aktive Arbeit in den vergangenen 15 Jahren unter der Leitung unserer ältesten Delegierten des heutigen Parteitages, Christa Steppat, bedanken. Wir zählen auch weiter auf sie und hoffen, dass sie auch zukünftig Motoren der Arbeit sind, aber gleichzeitig ihre Erfahrungen, Erfolge aber auch Sorgen und Nöte an uns Jüngere weitergeben.

Wir wollen immerhin mit dem heutigen Tag in gut einem halben Jahr die inhaltliche Diskussion zum Parteibildungsprozess führen, die inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen zur Parteibildung mit einer Urabstimmung schaffen, eine Landesbasiskonferenz im Frühjahr nächsten Jahres durchführen, den Gründungsparteitag in Gotha gestalten, die Parteibildung auf Gebietsebene vollziehen und nicht zuletzt Ende November, Anfang Dezember des nächsten Jahres auch noch den ersten ordentlichen Landesparteitag der neuen Partei mit allen notwendigen Formalien durchführen.

Und bei all den notwendigen inneren Debatten dürfen wir nicht vergessen, dass wir nicht nur für uns selber da sind, dass Wählerinnen und Wähler eine Erwartungshaltung an die Linkspartei haben und auch haben müssen, dass wir unsere Kraft, für eine Politikveränderung in diesem Lande einsetzen müssen.

All diese gestellten Aufgaben werden wir nur erreichen können, wenn wir unsere Mitglieder an diesem Prozess beteiligen, sie mitnehmen und auf ihren Rat, ihre Ängste und Befürchtungen, aber auch vor allem ihre Hoffnungen hören und nichts aber auch gar nichts ignorieren. Nur wenn es uns in der künftigen Partei gelingt, unsere Thüringer Stärke der Partei von unten beizubehalten, wird es uns gelingen, auch zukünftig Erfolge zu erzielen.

Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen jetzt Signale in die Öffentlichkeit senden, dass die Bildung einer neuen Linken keine Wahlblase war, sondern dass wir wirklich eine neue gesamtdeutsche Linke wollen und brauchen.

Um von unserem Parteitag auch ein Zeichen in andere Bundesländer zu senden, mache ich Euch den Vorschlag, dass wir gar nicht erst bis zum Juli nächsten Jahres warten sollten, um mit den Freunden der WASG gemeinsam Politik zu machen.

Wir sollten prüfen, und ich hoffe Ihr stimmt mir zu, alle Möglichkeiten ausnutzen, dass es möglich wird, dass schon im Vorfeld der Parteibildung die Geschäftsordnung des Landesvorstandes so verändert wird, dass ab Beginn nächsten Jahres Mitglieder der WASG als kooptierte Mitglieder mit Sitz und beratender Stimme in unserem Landesvorstand der Linkspartei.PDS Thüringen sein können.

Lasst uns mit diesem Vorgehen auch ein Zeichen in die Bundespartei senden. Es ist endlich Zeit, alle Animositäten zu überwinden und den Strick gemeinsam an einem Ende anzupacken und nicht an zwei Seiten zu ziehen und zu warten bis er reißt.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
an dieser Stelle möchte ich einige Sätze zu unseren inhaltlichen Themenstellungen dieses Parteitages sagen.

Ein Schwerpunktthema wird heute Nachmittag die Frage Bildung – unter der Überschrift „Ein neuer Aufbruch an einer neuen Schule“ sein.

Ich will nicht viel vorweg nehmen. Aber es sei mir gestattet, einen Aspekt aus dieser Frage Bildungspolitik herauszunehmen. Wir sind uns sicherlich alle einig, dass wir eine gute und eine bessere Schulausbildung brauchen, und das nicht erst nach Pisa.

Dazu bedarf es natürlich auch eines Schulgesetzes, eines Schulgesetzes, welches modernen Ansprüchen gerecht wird.

Und jetzt kommt eine Föderalismusreform, die von unserem Ministerpräsidenten Althaus vehement gefordert, gefördert und verteidigt wird, eine Föderalismusreform, die nicht modern ist sondern in die Steinzeit zurück versetzt, die die Kleinstaaterei auf den Thron hebt. Wo jeder Landesfürst sein eigener Kaiser ist.

Es ist doch nicht nachvollziehbar, dass ernsthaft festgelegt werden soll, dass jedes Bundesland seine Bildung organisieren kann wie es will. Alle sprechen von einem flexiblen und beweglichen Arbeitsmarkt.

Was heißt denn diese Föderalismusreform in Bildungswesen nun im Klartext?

Im Klartext heißt das, wenn ich Vater oder Mutter von schulpflichtigen Kindern bin und aus Arbeitsplatzgründen – Flexibilität wird ja immer gefordert – zweimal das Bundesland wechsele, verhalte ich mich gegenüber meinen Kindern unverantwortlich.

Sie haben überhaupt keine Chance mehr, wenn sie jedes Mal vollständig das Bildungswesen wechseln müssen. Und weil ich mich nicht unverantwortlich verhalten will, schaffe ich mir erst gar keine Kinder mehr an.

Und weil ich mir keine Kinder mehr anschaffe, gehen die Bevölkerungszahlen immer weiter zurück.

Ein Kreislauf ohne Ende, der endlich durchbrochen werden muss.

Wir brauchen in der Bundesrepublik einheitliche Qualitätsstandards in der Bildung. Von Mecklenburg-Vorpommern bis Bayern, von Sachsen über Thüringen bis zum Saarland.

Das ist eine Frage der Chancengleichheit.

Es kann nicht sein, dass vom zufälligen Geburtsort abhängt, ob ich eine gute, eine bessere oder eine schlechtere Ausbildung bekomme. So wie es im Moment ist, kann die Situation nicht bleiben. Hier müssen wir etwas verändern.

Und hier sind wir alle gefragt.

Bildung ist eine der echten Ressourcen für die Entwicklung der Menschen in unserem Land und damit des Landes selbst.

Lasst uns mit unserem Schulgesetz den Aufbruch zu neuen Ufern wagen!

Lasst uns mit dem Schulgesetz den Thüringerinnen und Thüringern eine echte Alternative im Bildungsbereich vorlegen!

Lasst uns mit dem Schulgesetz den Thüringerinnen und Thüringern an einem Punkt zeigen:

*Die Linkspartei.PDS ist bereit für die Herausforderungen der Zukunft!*

Thema des Parteitage: *Alternativen entwickeln – Zukunft in Thüringen*

Und ich möchte auch noch zum zweiten Schwerpunkt des heutigen Nachmittags etwas sagen.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

und an dieser Stelle sage ich auch, sehr verehrte Medienvertreter.

Ich komme nicht umhin, mich auf diesem Parteitag mit dem wachsenden Rechtsextremismus auch in Thüringen auseinander zu setzen. Da wird im Frühjahr dieses Jahres in einem langwierigen und sicherlich auch nicht einfachen Prozess im Thüringer Landtag eine gemeinsame Erklärung aller drei Fraktionen gegen Rechtsextremismus verabschiedet.

Das es dazu gekommen ist, ist erst einmal gut so und sollte auch nicht klein geredet werden.

Dass diese Erklärung nicht überall auf ungeteilte Zustimmung stößt, verwundert auch nicht. Was aber dann schon bedenklich ist, ist die Tatsache, dass diese Erklärung bisher nicht mit Leben erfüllt wird.

Doch wie soll man die Ernsthaftigkeit des Partners bewerten, wenn man sich auf der einen Seite im Landtag parteiübergreifend dafür einsetzt, Rechtsextremismus zu bekämpfen und

gleichzeitig die finanziellen Mittel für Programme zur Aufklärung über Rechtsextremismus kürzt oder gar ganz streicht?

Ist es etwa ein Zufall, dass gleichzeitig mit der diesjährigen Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes, indem von einem Rückgang rechtsextremer Straftaten gesprochen wird – ich sage geschönt wird – vom Thüringer Innenministerium ein Flugblatt aufgelegt wird, indem die sozialen Bewegungen dieses Landes (Antihartz-IV-Bewegungen, Montagsdemonstranten, Donnerstagsdemos etc.) als linksextremistische Gefahr dargestellt werden und dafür Geld zur Verfügung steht?

Der durchsichtige Versuch der Landesregierung mit einer pseudowissenschaftlichen Totalitarismuskritik, die linke Bewegung in Deutschland gleich mit an den Pranger zu stellen, hat bisher stets zu einer Verharmlosung und damit zur Stärkung des Rechtsextremismus geführt. Doch die Bekämpfung des Rechtsextremismus kann nur erfolgreich sein, wenn wir die Ursachen dafür erkennen und gegen sie vorgehen.

Dazu muss diese Landesregierung jedoch ihre ideologische Brille absetzen, ansonsten macht sie sich des Steigbügelhaltens für rechte Tendenzen mitschuldig.

*So liebe Genossinnen und Genossen, kann es und darf es in Thüringen nicht weitergehen. Lippenbekenntnissen und Erklärungen müssen nun endlich Taten folgen.*

Ein Beispiel will ich hier noch nennen, dass der Rechtsextremismus in Thüringen eben nicht rückläufig ist sondern sich mittlerweile in öffentlichen Räumen breit gemacht hat und leider schon fast zum Alltag gehört und eben nicht harmlos ist sondern zur Gewalt und Volksverhetzung aufruft.

Da wird mir am Rande einer Mitgliederversammlung der Linkspartei am 20. 9. dieses Jahres von einem couragierten Bürger eine Spindel mit 35 CDs mit rechtsextremer Musik übergeben. Gefunden im öffentlichen Raum an einem Grillplatz in der Nähe der Zella-Mehlischer Schanze. In einer Kommune, in dem Rechtsextremismus seit Jahren offen zur Schau getragen wird. CDs mit nicht einfach nur – was im Übrigen schon schlimm genug wäre – rechter Musik. Nein, mit einem großen Anteil von CD, die auf dem sogenannten Index stehen, also verboten sind oder sogar nur aus dem Ausland in verbotener Weise bezogen werden können. Jetzt versuchen wir als erstes einmal darüber Öffentlichkeit herzustellen, um aufzuzeigen, wie weit der Rechtsextremismus auch in Thüringen bereits auf dem Vormarsch ist.

Die Öffentlichkeit, sprich die Medienöffentlichkeit, scheint scheinbar an konkreten Beispielen kein Interesse zu haben.

Bis auf das Südthüringer Freie Wort haben alle anderen Thüringer Medien unsere Einladung zu einem Gespräch oder unsere Pressemitteilung zu dem Fakt des Fundes selber ignoriert und tot geschwiegen. Ich frage mich, haben Thüringer Medien hier nicht die Pflicht, Thüringer Bürgerinnen und Bürger zu informieren und aufzuklären oder passt so eine Tatsache vielleicht nicht in das Berichtsschema einiger Chefredaktionen? Nach dem Motto, was nicht sein darf, kann auch nicht sein.

War das etwa nicht spektakulär und skandalträchtig genug?

Noch suspekter ist der weitere Fortgang dieses Geschehens.

Am 25. 9. haben Sabine Berninger, Ralf Hauboldt und ich die bewussten CDs dem Staatssekretär im Thüringer Innenministerium, Herrn Baldus, zur weiteren Verwertung und Verfolgung übergeben.

Nur das die Übergabe nicht so einfach war. Erst mein direkter Verweis auf entsprechende Straftatbestände auf den CDs ließen ihn darüber nachdenken, diese Dinge anzunehmen und dem Thüringer Staatsschutz weiterzuleiten. Rechtsextremismus allein hätte nicht gereicht.



Dann wäre nach Aussage von Herrn Baldus die richtige Stelle das Fundbüro in Zella-Mehlis als Fundsache gewesen.

Da hört für mich jeglicher Spaß auf.

Regiert hier noch die Ignoranz über die drohende Gefahr oder verbirgt sich mehr dahinter?

Ich frage die Landesregierung, reichen denn nicht die Wahlergebnisse der NPD in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin?

Wollen Sie, dass 2009 zu den nächsten Landtagswahlen der Thüringer Landtag als letzter Landtag aller ostdeutschen Länder als Bühne für rechtsextremes Gedankengut benutzt werden kann?

Ich glaube und ich hoffe, dass wollen auch Sie nicht.

Und wenn Sie das nicht wollen, dann tun sie endlich mehr als bisher dagegen.

Ich glaube sogar, dass Thüringen hier eine ganz besondere Verantwortung hat. In unserem Land wurde einer der größten Sündenfälle der Geschichte begangen.

In Weimar, dem Ort der Aufklärung, des freiheitlichen Geistes und der Menschenwürde, richteten die Nazis ganz bewusst eines ihrer berüchtigten Konzentrationslager ein.

Viele Menschen fanden dort den Tod und mussten schreckliche Qualen erleiden.

Diese Opfer mahnen uns.

Es ist somit nicht nur unsere Verantwortung, sondern es ist unsere Pflicht, alles aber auch alles zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu tun!

Dazu haben alle Seiten – Landesregierung, Parteien, die Öffentlichkeit und da sind im besonderen Maße die Medien gemeint – beizutragen.

Und von unserem heutigen Parteitag und der am Nachmittag folgenden Debatte erwarte ich, dass wir ein Teil jener sind, die sich über alle parteilichen, konfessionellen und sonstigen Grenzen hinweg, jeglicher Form von Rechtsextremismus entgegenstellen und offen dagegen auftreten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich hatte es vorher bereits angekündigt. Ich möchte nun einiges zu den Landrats-Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen und den damit im Zusammenhang stehenden Ergebnissen sagen.

Voranstellen will ich, dass es uns leider schon im Vorfeld dieser Wahlen aus unterschiedlichen Gründen nicht gelungen ist, einen flächendeckenden Wahlantritt zu sichern.

Sicher spielten in einigen Fällen taktische und strategische Überlegungen eine Rolle.

Das will ich weder verschweigen noch klein reden. Selbstkritisch sollten wir jedoch einschätzen, dass wir jedoch von der Basisorganisation bis zum Landesvorstand nicht immer mit der notwendigen Konsequenz an der Findung geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten gearbeitet haben.

Darüber kann auch nicht das insgesamt positive Landesergebnis von 17,8 %. Das sind immerhin 5,1 % mehr als im Jahr 2000 hinwegtäuschen.

Zu einigen Einzelergebnissen und deren Wertung.

Obwohl unsere bereits amtierende Bürgermeister Wolfgang Flögel in Sömmerda mit den überwältigenden Ergebnissen von 76,1 % und Marianne Reichelt in Neuhaus am Rennweg mit 80,6 % wieder gewählt wurden, ist es uns nur in verhältnismäßig wenigen Kommunen gelungen, im ersten Wahlgang Bürgermeister zu stellen oder wenigstens die Stichwahlen zu erreichen. Dabei waren die Hoffnungen, in der einen oder anderen großen Stadt wie Erfurt, Suhl, Jena oder Weimar in die Stichwahlen zu kommen, doch verhältnismäßig hoch.

Marianne Reichelt und Wolfgang Flögel wurden im Übrigen trotz erheblichen Gegenwindes bzw. Kampagnen gegen sie gewählt. Diese Ergebnisse von Marianne und Wolfgang zeigen auch, dass alle Sprüche der CDU von der sogenannten Entzauberung der PDS in der politischen Verantwortung jeglicher Grundlage entbehren. Ich möchte auch noch einmal darauf verweisen, dass in den letzten 16 Jahren noch nie ein Bürgermeister der PDS, der einmal gewählt wurde, bei einer erneuten Wahl wieder abgewählt wurde.

Abgewählt wurden nur Bürgermeister der CDU.

Also nicht Entzauberung der PDS sondern vielleicht doch Entzauberung der neoliberalen Politik der CDU.

Woran liegt es aber nun trotzdem, dass nur wenige unserer Kandidatinnen und Kandidaten bei diesen Einzelwahlen die gesteckten Ziele erreichten?

Waren es die falschen Kandidaten? Sicher nicht.

Diese Frage ist verhältnismäßig schwierig zu beantworten und sicherlich auch nur im Komplex zu sehen. Auf der einen Seite trauen uns Wählerinnen und Wähler oftmals diese schwierige Verantwortungsübernahme nicht oder noch nicht ausreichend zu.

Auf der anderen Seite gelingt es uns, als Partei und Person auch zunehmend weniger darzustellen, was wir bei der Übernahme eines solchen Amtes bei sicherlich nicht grundlegend veränderten finanziellen Rahmenbedingungen anders machen wollen als die bisher Regierenden in den Rathäusern und Landratsämtern.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit verfehlter Kommunalpolitik der letzten Jahre ist im Wesentlichen aus meiner Sicht in diesem Wahlkampf auf der Strecke geblieben. Viele weitere kleine und größere Faktoren könnten an dieser Stelle noch genannt werden.

Das fängt beim Wahlkampfmaterial an und hört bei attraktiven Aktionen auf. Bei allen Aktivitäten in Vorbereitung und Durchführung künftiger Wahlkämpfe sollten wir, und ich glaube müssen wir unkonventioneller, frecher, attraktiver, moderner und noch professioneller werden. Nun haben wir aber bei diesen Wahlen nicht nur Misserfolge erzielt und unsere eigentlichen Wahlziele mit der Erhöhung der Prozentpunkte auf Landesebene und der Verdoppelung bisheriger Bürgermeistermandate wurden in der Anzahl sogar übererfüllt.

So wurde Frank Fiebig, der in Gräfenroda für die Linkspartei.PDS ins Rennen ging, bereits im 1. Wahlgang zum Bürgermeister gewählt.

Frank wird sicherlich auch in die Geschichte eingehen. Ich glaube, er wird der einzige Bürgermeister in Deutschland bleiben, der Mitglied der WASG ist.

Im Stichwahlgang am 27. Mai konnten sich dann Kerstin Heintz in Eisfeld, Karl Koch in Trusetal und Frank Persicke in Bad Blankenburg durchsetzen. Bemerkenswert übrigens, dass Frank Persicke den amtierenden Präsidenten des Gemeinde- und Städtebundes Pabst von der CDU ablösen konnte.

Nicht unerwähnt bleiben soll auch, dass sich in Gera im Stichwahlkampf der gemeinsame Kandidat von Linkspartei und SPD Norbert Vornehm gegen den Amtsinhaber Ralf Rauch durchsetzen konnte.

Dass solche Konstellationen von Unterstützungen gemeinsamer Kandidaten durchaus tragfähig sind, zeigen übrigens auch die hervorragenden Ergebnisse von Birgit Keller im Landkreis Nordhausen und vor allem Knuth Schurtzmann im Saale-Holzland-Kreis, der nur denkbar knapp das Amt des Landrates verpasste.

Mit den Stichwahlen am 27. Mai ist es in Thüringen erstmalig in größerer Zahl gelungen, kommunale Mehrheiten von Linkspartei.PDS und SPD zu erreichen. In allen großen Städten Thüringens konnte die Dominanz von CDU gebrochen werden. Es scheint so, als würden

Bürgerinnen und Bürger des Landes Thüringen einen Politikwechsel weg von der CDU hin zu einem rot-roten Bündnis positiv gegenüber stehen.

Überall, wo am 27. Mai offen von der einen wie von der anderen Seite zur gegenseitigen Unterstützung aufgerufen wurde, wurden positive Ergebnisse erzielt und durchaus eine enorme Schwächung der CDU auf kommunaler Ebene erreicht. Das sind aber kein Selbstläufer und schon gar kein Selbstzweck.

Jetzt gilt es verstärkt daran zu arbeiten, diese Bündnisse auch mit Leben nach der Wahl zu erfüllen.

Sprich eine andere Politik in der Kommune zu machen.

Nur wenn uns das gelingt, wird es auch möglich sein, 2009 zu den nächsten Landtagswahlen ebenfalls einen Politikwechsel in Thüringen mit der Linkspartei als stärkste Partei anzustreben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

gestattet mir auch noch eine andere Anmerkung. Es ist beileibe nicht nur so, dass wir bei Wählerinnen und Wählern für bestimmte Konstellationsmöglichkeiten werben müssen, es ist eben auch so, dass wir noch viel zu tun haben in unserer Partei, und auch die SPD muss in ihren Reihen dafür streiten, dass nur gemeinsam eine politische Veränderung in der Thüringer Politiklandschaft möglich wird.

Und hier benenne ich ganz bewusst Jena, wo die SPD nicht bereit war, unsere Kandidatin als Bürgermeisterin und Dezernentin zu unterstützen und ich nenne Eisenach, wo es im Vorfeld der Dezernatswahlen schon Vorbehalte aus den eigenen Reihen gegen unsere Kandidatin gegeben hat. Trotz aller Beteuerungen wurde sie dann letztlich auch nicht gewählt. Allein mit diesen zwei Beispielen haben wir nicht die immer beschworenen Posten verschenkt, nein wir haben die Möglichkeit der Mitgestaltung einer anderen Politik verspielt.

Einen weiteren Fakt lasst mich an dieser Stelle noch anführen.

Wählerinnen und Wähler können und müssen von uns als Partei und wir selber müssen von uns gegenseitige politische Verlässlichkeit erwarten können. Es war immer eine der Stärken der PDS seit 1989, dass Minderheitenmeinungen akzeptiert und toleriert wurden, dass dann aber wir gemeinsam

Mehrheitsentscheidungen umgesetzt haben. Daran sollten wir uns zukünftig wieder erinnern und wir sollten vor allen Dingen wieder dazu zurückfinden, dass wir Verhältnisse von Mandatsträgern und Fraktionen haben, die geprägt sind von gegenseitiger Akzeptanz aber auch von gegenseitiger Toleranz. Manchmal ist es so, dass Fraktionen und Vorstände auf unterschiedlichen Straßenseiten gehen. Manchmal gehen sie sogar auch noch in unterschiedliche Richtungen. Nur wenn es uns gelingt, dieses auch in der Öffentlichkeit zu dokumentieren und uns nicht durch innere Zwistigkeiten darzustellen, wird es uns auch gelingen, zukünftig Wahlerfolge zu erzielen, und wir sollten uns auch mal wieder freuen und stolz darauf sein, wenn uns etwas gelungen ist, wenn wir einen Erfolg haben. Im Moment erscheint es mir so, als wenn Erfolge unsere größten „Feinde“ seien.

Ich will diese Fakten einfach mal so stehen lassen und sagen, wir haben noch viel zu lernen, packen wir es an.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte unseren heutigen Parteitag auch angesichts des vorher angesprochenen Themas nutzen, um einige Bemerkungen zur Personalentwicklung in den Jahren bis 2009 und darüber hinaus zu machen.

Unsere bisherigen Personalentscheidungen waren in den letzten Jahren eigentlich schon seit der Wende 1989 oftmals zu wenig von politisch-strategischen Überlegungen geprägt. Davon müssen wir dringend und nicht nur angesichts unserer Schwäche bei den Aufstellungen von Kandidatinnen und Kandidaten von den letzten Wahlen im Mai weg kommen. Und Personalentwicklung fängt eigentlich ja schon bei der Mitgliedergewinnung an. Sicherlich sind in den vergangenen 2 Jahren durchaus beachtlich viele neue Mitglieder in unserer Partei gekommen. Im Übrigen die meisten von allen Ostflächenländern. Nur wie haben wir mit ihnen dann gearbeitet?

Oft war es so, dass der Eintritt erklärt wurden, wir haben uns gefreut, und das war es dann auch. So wird es zukünftig nicht gelingen, neue Mitglieder in die Arbeit einzubeziehen und möglicherweise auch für spätere Funktionen oder Mandaten vorzubereiten. Hier müssen gerade auch mit Blick auf die neue Linke neue Wege beschritten und eingeschlagene Geleise verlassen werden.

Wenn ich von Personalentwicklung mit Blick auf 2009 spreche, so meine ich nicht vordergründig Kandidaturen zu Europa, Bund oder Land. Sicherlich auch. Aber viel wichtiger und vordergründiger erscheinen mir angesichts unserer gewachsenen Verantwortung in den Kommunen gut gerüstete Kandidaturen auf der kommunalen Ebene. Und da geht es schon lange nicht mehr nur um Quantität. Wir sollten gut prüfen und mit möglichen Bewerbern besprechen, mit welchen Ansprüchen und Zielen Kandidaturen angestrebt werden. Die Qualität unserer kommunalpolitischen Arbeit wird zukünftig noch mehr als bisher auch die Erfolge oder Misserfolge unserer Wahlen auf Bundes- oder Landesebene beeinflussen. D. h. auch, dass es uns gelingen muss, Bewerberinnen und Bewerber für ein Mandat, egal welcher Ebene, schon im Vorfeld der entsprechenden Wahlen so zu schulen, dass vom ersten Tag der Mandatsübernahme eine qualitativ hochwertige Arbeit möglich ist.

Diese Mandatsträger müssen sich dann jedoch auch als Träger des Mandats würdig erweisen. Es muss Schluss sein, Mandatsträgerschaft mit einem Freibrief für das Frönen aller möglichen Leidenschaften – wie dem Pflegen persönlicher Feindschaften – zu verwechseln. Das muss aufhören. Auch hier ist die Wahrnehmung der eigenen Verantwortung anzumahnen.

Personalentwicklung heißt aber auch, entsprechende Menschen zu finden und zu qualifizieren, die im Bedarfsfalle für Ämter in den Verwaltungen oder auch möglicherweise für Regierungsämter zur Verfügung stehen. Der Landesvorstand hat im Juni hierzu einen entsprechenden Beschluss gefasst, der in den nächsten Monaten konsequent umgesetzt werden muss. Dabei sind alle vorhandenen Potenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des Kommunalpolitischen Forums sowie externen Sachverständigen zu nutzen. Eine gezielte Personalentwicklung ist aber nicht nur für Mandate dringend notwendig. Auch für unsere Partei selber stellt sich Personalentwicklung als eine Frage der Parteientwicklung selbst dar. Schauen wir uns doch in den Gebietsverbänden um. Oftmals hängt die Arbeitsfähigkeit eines Gebietsvorstandes an ganz wenigen Personen und oft sind es auch die Personen, die das schon seit der Wende tun. Auch das ist erst einmal nicht schlecht. Schlecht wird es nur dann, wenn diejenigen einmal sagen, ich kann oder ich will nicht mehr. Da sehen wir dann im Moment oftmals nicht gut aus. Und in den Basisorganisationen ist die Situation noch viel komplizierter. Das wisst Ihr sicherlich alle selber noch viel besser als ich. Also auch in der Partei selbst müssen wir nun endlich die Scheu verlieren, gezielt mit Menschen zu reden, was sie möglicherweise in 1, 2 oder auch erst 4 bis 5 Jahren einmal tun können oder sollen oder welche Kandidaturen für welche Mandate oder Funktionen vorbereitet werden sollten.

Zum Schluss liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich kurz noch einiges zu den nun anstehenden Aufgaben sagen.

Um das Wahljahr 2009 gut vorzubereiten, ist es erforderlich, dass die Mitglieder der Linkspartei.PDS Thüringen, der Landesvorstand, die Europa-, Bundestags- und kommunalen Fraktionen alle vorhandenen Kräfte und Potentiale bündeln und auf das Jahr 2009 ausrichten, dass unsere Mitglieder der Landtagsfraktion vor allem auf den Kernfeldern unseres Landtagswahlprogramms, unter der inhaltlichen Klammer global Denken, regional handeln – 1. Arbeit, 2. Ein neuer Aufbruch für Bildung und Kultur, 3. Sozialpolitik für Lebensqualität in Thüringen, 4. Kommunen stärken – Gesellschaftlich gestalten, soziale Gerechtigkeit sichern, 5. Für mehr Demokratie in Thüringen – an diesen Schwerpunkten an der Weiterentwicklung unserer Positionen aus dem Landtagswahlprogramm arbeiten.

Auf dem Bereich der Landespolitik ergeben sich daraus für die nächsten 1 bis 2 Jahre folgende Aufgaben:

1. Die Landtagsfraktion wird gebeten, die Erarbeitung einer Analyse über bisher Erreichtes und zu Qualifizierendes zu erstellen.
2. Unter Einbeziehung externen Sachverständigen muss die Erarbeitung tragfähiger politischer Konzepte für eine alternative Landespolitik bis zum Jahr 2020 als gemeinsamer Prozess von Landespartei und Landtagsfraktion vorangetrieben werden. Ein Zwischenschritt ist hierbei die Erarbeitung von Wahlprogrammen für das Jahr 2009. Hierbei sind Hauptlinien der inhaltlichen Arbeit zu formulieren, die den Blick sowohl auf Regierung als auch auf Opposition richten. Voraussetzung hierfür ist eine konkrete Analyse über die politische Situation im Land und dem daraus resultierenden Stimmungs- und Meinungsbildung der Bevölkerung. Hieraus ergeben sich dann die Potentiale, die für gesellschaftliche Veränderungen ansprechbar sind.
3. Es muss sich auf die Politikfelder konzentriert werden, für die die Linkspartei.PDS steht, auf denen sie vor allem wahrgenommen wird und mit denen sie identifiziert wird. Gleichzeitig müssen neue Politikfelder, die eine Landesspezifika haben, in den Blickpunkt gerückt werden.
4. Bei der gesamten Ausrichtung der inhaltlichen und strategischen Arbeit muss die Sicherung der Einbeziehung der Basisorganisationen, der Gebietsverbände sowie der Landesparteitage in die Prozesse der Vorbereitung des Jahres 2009 und deren möglicher Folgen (Opposition, Koalition, Regierungsbeteiligung etc.) gesichert werden.

Zu all den genannten Aufgaben sind in den nächsten Wochen konkrete Festlegungen zu treffen wie die Realisierung erfolgen soll. Dabei steht der Landesvorstand in einer besonderen Verantwortung.

Ziel- und Handlungsrichtlinie sind und bleiben für die Erarbeitung politischer Konzepte die Grundprämissen des in Chemnitz beschlossenen Parteiprogramms der PDS sowie des in Potsdam beschlossenen strategischen Dreiecks aus Protest, Mitgestaltung und Vision.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Bundesrepublik braucht eine starke gesamtdeutsche Linke. Wir allen brauchen eine starke Linke für alle Bürgerinnen und Bürger aber auch für uns selber.

*Lasst* uns gemeinsam daran arbeiten, dass Thüringen eine starke, eine sehr starke Linke erhält.  
*Lasst* uns ausgehend von unserem heutigen Parteitag daran gehen, dass die neoliberale CDU-Politik in Thüringen endlich zur Ruhe gebettet wird und dass 2009 Herr Althaus endlich wieder einer Arbeit nachgehen kann, von der er etwas versteht.

*Lasst* uns daran gehen, als erstes Ziel ins Auge zu fassen, dass im Jahre 2009 die neue Linke jenseits aller politischen Konstellationen stärkste politische Kraft in Thüringen wird.

*Nutzen* wir die einmalige Chance, die auch wir mit der Bildung der gemeinsamen Linken in Thüringen haben.

Danke!